

"EVG im Zwielficht" in Die Welt (19. Mai 1954)

Legende: Am 19. Mai 1954 analysiert die deutsche Tageszeitung Die Welt die möglichen Folgen und Risiken für den Fall, dass sich Frankreich weigern sollte, den Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu ratifizieren.

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. Hrsg. Schulte, Heinrich ; Herausgeber Zehrer, Hans. 19.05.1954, Nr. 115; 9. Jg. Hamburg: Die Welt. "EVG im Zwielficht", auteur: Ahlers, Conrad , p. 3.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"evg_im_zwielficht"_in_die_welt_19_mai_1954-de-c8c9168d-0252-496e-a600-f79bc9c92880.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

EVG im Zwielficht

Von Conrad Ahlers

Frankreich zögert seit 1952

Indochina stärker als Europa

Der Zwang zu neuen Lösungen

Die Ratifizierungsdebatte über den EVG-Vertrag in Frankreich wird vorläufig nicht stattfinden. Es ist fraglich, ob sie überhaupt jemals stattfinden wird. Auch die Anhänger der Verteidigungsgemeinschaft rechnen nicht mehr damit, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Mehrheit in der Nationalversammlung gefunden werden kann. Sie lassen den Dingen ihren Lauf, um Frankreich die politische Niederlage zu ersparen, die mit der Ablehnung des von einer französischen Regierung inspirierten Vertrages verbunden wäre.

Es ist deshalb notwendig, die Möglichkeit eines Scheiterns der EVG ins Auge zu fassen. Man hat dies bisher nicht getan, um Frankreich nicht aus der Verantwortung für das Schicksal der Verteidigungsgemeinschaft zu entlassen. Aber seit dem Mai 1952, als der Vertrag in Paris unterzeichnet wurde, entzieht sich Frankreich dauernd dieser Verantwortung, indem es die Ratifizierung von einem Monat auf den anderen verschiebt. Zu lange haben nun die Franzosen sich selbst und die Welt täuschen können und damit die Suche nach einer Ersatzlösung verhindert.

Der Westen kann jetzt erkennen, daß die unglückliche Entwicklung des Indochinakrieges der EVG den Todesstoß versetzt. Frankreich bemüht sich diplomatisch und militärisch um einen ehrenvollen Rückzug von der weltpolitischen Bühne, auf der es länger die Rolle einer Großmacht spielte, als seine Kräfte dies vertragen. In Genf muß Außenminister Bidault mit den Russen und Chinesen verhandeln, die die EVG als ein gegen den Osten gerichtetes Militärbündnis ansehen. Eine Ratifizierung in diesem Augenblick würde seine Chancen zunichte machen, ein Abkommen über Indochina zu erreichen.

Der Krieg in den Dschungeln hat darüber hinaus den Stamm der französischen Berufssoldaten dezimiert. Es fehlen nun die Kader für die Aufstellung der 14 Divisionen, die für Frankreich im EVG-Vertrag vorgesehen sind. Kaum die Hälfte könnte heute den geplanten zwölf deutschen Divisionen gegenübergestellt werden. Aus diesem Grunde weigert sich Frankreich, militärische Verpflichtungen einzugehen, die es nicht erfüllen kann.

Neben diese nüchternen Erwägungen tritt seit langem eine Reihe von gefühlsbestimmten Argumenten, die immer mehr Franzosen in das Lager der Gegner der Verteidigungsgemeinschaft getrieben haben. Die Sorge vor Deutschland ist so groß, daß selbst die Befürworter der EVG nur unter Hinweis auf ihre Kontrollfunktionen für sie eintreten können. Auch hat der Gedanke der europäischen Integration, obwohl er in Frankreich geboren wurde, dort nie wie in Deutschland im Volk einen großen Widerhall gefunden. Die Franzosen scheuen sich, den Schutzmantel des Nationalstaates und seinen stärksten Ausdruck, die nationale Armee, aufzugeben, um dafür eine enge Verbindung mit dem deutschen Partner einzugehen.

Der Verzicht auf die EVG würde Europa um eine Hoffnung ärmer machen. Sie war als ein Mittel gedacht, die Sicherheit und die Einheit Europas gleichzeitig zu gewährleisten und Deutschland und Frankreich miteinander zu versöhnen. Statt dessen hat die immer heftiger werdende Auseinandersetzung über die Verteidigungsgemeinschaft das deutsch-französische Verhältnis in den letzten Jahren ernsthaft belastet. Sie hat die Aufstellung deutscher Truppen verzögert und dadurch die europäische Sicherheit gefährdet.

Das Scheitern der EVG würde darüber hinaus nicht nur eine Niederlage Frankreichs und des europäischen Gedankens bedeuten. Es wäre auch eine Niederlage der deutschen und der amerikanischen Politik. Sowohl Washington wie auch Bonn müßten eine „schmerzhafteste Überprüfung“ ihrer Außen- und Militärpolitik vornehmen, von der der amerikanische Außenminister bereits im vergangenen Dezember gesprochen hat.

Diese Überprüfung wird angesichts der kritischen Weltlage weder in einem Rückzug der USA aus Europa noch in einem Verzicht auf die Aufstellung deutscher Verbände bestehen. Sie wird auf amerikanischer Seite zwar das bisherige idealistische Interesse an der europäischen Entwicklung geringer werden lassen. Aber sie wird der amerikanischen Politik eine größere Bewegungsfreiheit geben. Washington hatte bisher starr an der EVG festgehalten und sich damit die Fähigkeit verbaut, sich rechtzeitig auf die neue Lage einzustellen. Die Überprüfung wird in Deutschland die Frage der Wiedervereinigung gegenüber der europäischen Integration stärker in den Vordergrund treten lassen.

Diese Folgen brauchen nicht zu schrecken, wenn die Völker des Westens eine gemeinsame politische Linie bewahren. Ein Verzicht auf die EVG würde in Frankreich diejenigen Kräfte freimachen, die außerhalb des Rahmens der europäischen Integration für eine Zusammenarbeit mit Deutschland eintreten und die, wie Marschall Juin und weite Kreise des Offizierskorps und der französischen Mittel- und Rechtsparteien, einen deutschen Verteidigungsbeitrag befürworten. Er würde in Deutschland die SPD für eine Bejahung der Wehrpolitik gewinnen und den Weg bereiten für eine gemeinsame Außenpolitik zwischen Regierung und Opposition.